

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

62 (25.5.1948)



NEUESTE NACHRICHTEN

Sechsmächte-Konferenz einig über westdeutsche Regierung und stellt Umgestaltung des Währungssystems in Aussicht

London, 24. Mai. (AP) England, Frankreich, die USA und die Benelux-Staaten haben ein festes Abkommen über die Schaffung einer provisorischen Regierung für Westdeutschland erzielt, wie diplomatische Kreise am Freitagabend berichteten. Die Regierung soll noch in diesem Jahre errichtet werden.

Das Verfahren, das bei der Bildung der westdeutschen Regierung angesetzt werden soll, bedürfte noch in gewissen Punkten einer Klärung. Indessen seien die genannten sechs Staaten vorläufig darüber einig, dass eine verfassunggebende Versammlung zum 1. September oder um diesen Termin herum einberufen werden soll.

Die drei Besetzungsmächte, also die USA, England und Frankreich, würden sich in der Hauptsache nur ein Votum in Fragen des Exporthandels, der Währungs- und der Außenpolitik vorbehalten. Die Regierungen Englands, Frankreichs und der USA haben sich über das Währungssystem in ihren Besetzungszonen Westdeutschlands noch vor Beginn des Sommers eingeführt werden soll, gab die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Agence France Presse am Freitag bekannt.

Die Sechsmächtebesprechungen über Westdeutschland haben, wie Reuters diplomatischer Korrespondent am Sonntag schreibt, H. Dena-Reuter zu einem Entwurf für eine Kompromisslösung über die Ruhrkontrolle geführt, durch welche sowohl die amerikanische Forderung auf größtmögliche Auswertung der Ruhrwirtschaft, als auch die Forderung Frankreichs und der Beneluxländer auf Sicherheit und entsprechende Beteiligung an der Ruhrproduktion befriedigt werden könnten. Von offiziellen britischen Kreisen wurde in der vergangenen Woche über den Verlauf der Besprechungen strenges Stillschweigen gewahrt. Nach Ansicht diplomatischer Beobachter bildete die Frage der Ruhrkontrolle die hauptsächlichste Schwierigkeit der Sechsmächtekonferenz. Nach amerikanischer Ansicht soll die Ruhrindustrie die größte Rolle bei den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas spielen, um so die wirtschaftliche Beanspruchung der Vereinigten Staaten durch die amerikanische Besetzung in Deutschland und das europäische Wiederaufbauprogramm auf ein Minimum zu beschränken. Aus diesem Grunde sind die Amerikaner, wie angenommen wird, dem Interesse, bei der Verwaltung der Ruhrindustrie die Kontrolle zu behalten, entweder durch den amerikanischen Militärgouverneur oder durch den Administrator des ERP beizubehalten.

Kohle, Koks und Stahl zu bestimmen, die nach den anderen europäischen Mächten exportiert bzw. die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands verwendet werden sollen.

5. Die Internationale Ruhr-Kontrollbehörde wird aus sieben Mitgliedern als Vertretern der sechs Westmächte und Westdeutschlands bestehen. Der westdeutsche Gouverneur, besonders General Lucius D. Clay, der Vereinigten Staaten gewisse besondere Machtvollkommenheiten in Bezug auf die Entscheidungen der Kontrollbehörde erhalten werden.

6. Ein besonderes Besatzungsstatut oder eine Verfügung der Militärregierung wird erlassen werden, wenn die westdeutsche Regierung gebildet ist. Dieses wird die Machtvollkommenheit der westdeutschen Regierung festlegen und die den Militärgouverneuren vorbehaltene Macht erläutern.

7. Die Länder in Westdeutschland werden in den nächsten Monaten reorganisiert werden. Die Ratifikation der geplanten Verfassung wird mittels eines Abstimmungsresultates von zwei Drittel dieser Länder ausgeführt werden. Die Verfassung wird nicht einer Volksabstimmung der Wählerschaft Westdeutschlands unterworfen werden.

Obwohl das Kommuniqué, das erwartungsgemäß von der Konferenz herausgegeben werden wird, ein Anerkennen Ostdeutschlands enthalten wird, der neuen Regierung beizutreten, besteht keine Hoffnung bei den Westmächten, daß die sozietischen Behörden den ostdeutschen Ländern gestattet werden, es anzunehmen. Zuverlässige Quellen meinen, daß ein geeintes Deutschland immer noch das Ziel der Westmächte ist, daß sie aber nicht bereit sind, irgend welche Konzessionen in Bezug auf dieses Problem an die Sowjetunion zu machen. („New York Herald Tribune“ vom 23. Mai. Übersetzt: H. B.)

Tei Aviv, 24. Mai. (AP) Das Kommuniqué der Haganan vom Sonntag meldet den vierten nächtlichen Luftangriff auf feindliche Truppenkonzentrationen bei Zemar. Ostlich von Zemar Ludia und Malkhia sind arabische Truppen mit Artilleriefeuer belegt und angegriffen worden.

Die Araber haben dem Kommuniqué zufolge ihrerseits ein Gev am Galiläischen See und Ramot Naftali an der libanesisch-syrischen Grenze angegriffen.

Der Leiter der Roten-Kreuz-Mission, Dr. Renier, soll in Jerusalem beim Jaffa-Tor von arabischen Wachen aus seinem mit dem Kreuz der Genfer Konvention geschützten Wagen gezogen und geschlagen worden sein. Später habe man ihn wieder in Freiheit gesetzt.

Lage an den palästinensischen Fronten

Südfont (Ägyptischer Abschnitt). Die ägyptischen Truppen sollen sich, wie der Generalsekretär der arabischen Liga Azam Pascha laut Reuter am Sonntag behauptete, nach der Eroberung von El Majdal, Hebron, und Bethlehem, 3 Kilometer südlich von Jerusalem mit den Einheiten der arabischen Legion vereinigt haben. Ägyptische Flugzeuge bombardierten Industriewerke südöstlich von Tel Aviv, um einem transjordanischen Kommuniqué zufolge heftige Explosionen und Feuersbrünste beobachtet wurden.

Jordanfront (Syrische und irakische Truppen). Jüdische Flugzeuge griffen ein Kommuniqué der Haganan am Sonntag meldet, bereits in der 4. Nacht arabische Truppenkonzentrationen im Gebiet von Samakh an. Der Oberbefehlshaber der syrischen Armee demontierte laut AFP die jüdische Meldung, nach der jüdische Streitkräfte die Stadt Samakh am Südufer des Sees Gezezereth zurückerobert hätten. Nordfront (Libanesischer Truppen). Keine Veränderung.

Zentralfront (Arabische Legion). Die in der Jerusalemer Altstadt eingeschlossenen Juden sollen laut Reuter König Abdullah

Israel im Dreifrontenkrieg gegen fünf arabische Staaten. Juden bieten Waffenstillstand an - Araber einverstanden, wenn die jüdische Armee aufgelöst und der Teilungsplan ad acta gelegt werden wird

London, 24. Mai. (AP) Die Vereinigten Staaten und Großbritannien suchten am Samstag gemeinsam eine Lösung ihrer Palästinadifferenzen. Dabei tauchte die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens der beiden Staaten zur Beendigung der jüdisch-arabischen Kämpfe auf. Verantwortliche diplomatische Kreise deuteten an, daß ein bevorstehender wichtiger Schritt im Rahmen der Vereinten Nationen unternommen werden würde.

Man rechnet mit folgenden Möglichkeiten: Erstens einem gemeinsamen englisch-amerikanischen Appell zu einem jüdisch-arabischen Waffenstillstand, zweitens einem neuen Vorstoß mit dem Ziel, die Vereinten Nationen zum Schiedsrichter in dem Konflikt zu machen, mit der Aufforderung an beide Parteien zu „Friedens“-Verhandlungen. Drittens einem englisch-amerikanischen Beschluß über Lieferungen von Waffen und Versorgungsgütern sowohl an die Araber als auch an die Juden bis zur Beendigung der Kampfhandlungen einzustellen.

Wie zuverlässig verläutet hat Großbritannien den Vereinten Staaten gegenüber erklärt, daß die Erhaltung der arabischen Freundschaft von wesentlicher Bedeutung für die Interessen beider Länder im mittleren Osten gegen den Vormarsch des Kommunismus sei.

Außenminister Bevin und der amerikanische Botschafter in London, Lewis Douglas, hatten am Montag die zweite Unterredung innerhalb von 48 Stunden über die jüdisch-arabischen Streitigkeiten in der Palästina-Frage. Die Unterredung dauerte fast eine Stunde.

Der demokratische Abgeordnete im amerikanischen Repräsentantenhaus, Emmet Celler, erklärte am Samstag, daß er einen Gesetzesentwurf einbringen werde, der die Marshallhilfe verweigern soll, falls es weiterhin die arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel unterstützen.

Daß man nur ein paar hundert Meter voneinander in der gleichen Stadt leben und doch soweit voneinander entfernt sein kann wie es New York und London sind, beweisen gegenwärtig zwei Korrespondenten der Associated Press, Carter Davidson, der Leiter des Palästinabüros der AP, und Daniel de Luce, in Jerusalem. Davidson hält sich hinter den jüdischen Liniens im Pantiles-Hotel im Stadtteil Nikephoria auf. De Luce hingegen hält sich seit Dienstag bei der arabischen Armee auf, die die Altstadt angreift.

Donnerstagabend nun funkte Davidson seine Telefonnummer an de Luce. Die Meldung traf auf dem Umwege über Washington, New York, London und Amman, schließlich von dort per Kurier bei Daniel de Luce ein, dieser jedoch kann Davidson gegenwärtig nicht anrufen, da die Juden die Telefonleitungen überwachen und die Befehlshaber beider kämpfenden Parteien außerdem keine Privatgespräche durch das Niemandsland zulassen. Falls es de Luce aber einfällt, sollte, etwa vom alten Stadtwall Davidson auf seinem Hotelbalkon zuzuwinken, müßten beide gegenwärtig sein, beschossen zu werden.

Die Armeen des neuen Staates Israel sehen sich zu Beginn der zweiten Woche eines Dreifrontenkrieges den Streitkräften von fünf arabischen Ländern gegenüber.

Ein hoher Stabschef der jüdischen Armee bezeichnete die Lage an verschiedenen Brennpunkten als „ernst“, doch könne lediglich der Kampf um Jerusalem nunmehr als in einem kritischen Stadium angesehen werden, dessen Ausgang ungewiß ist. Wie aus Kairo hierzu gemeldet wird, liegen die Stellungen der Juden in der Altstadt, die sich in Kellern und unterirdischen Verbindungen zu letzteren Widerstand verschachtelt haben, unter Beschuß der arabischen Legion. In einem verzweifelten Angriff eroberten die Juden am Samstag den Berg Zion und stießen durch das Zion-Tor nach Jerusalem vor, um den jüdischen Verteidigern Verstärkungen zuzuführen. Die arabischen Streitkräfte jedoch konzentrieren sich um Jerusalem, um es endgültig zu Fall zu bringen. Ein Pressebericht aus Kairo besagt ferner, daß eine ägyptische motorisierte Einheit die Stadt Bethlehem, nur acht Kilometer von Jerusalem entfernt, erreicht und sich mit transjordanischen Verbänden dort vereinigt hat.

Der Fall Jerusalems, das vom übrigen Palästina völlig abgeschlossen sei, soll H. Dena, wie die dort kämpfenden arabischen Streitkräfte laut Reuter am Samstag behaupteten, unmittelbar bevorstehen. Der Oberbefehlshaber der irakischen arabischen Truppen erklärte dazu, bis zur Kapitulation der Juden, die zu viele Abmachungen gebrochen hätten, könne keine Rede von einem Waffenstillstand sein.

Englisch-amerikanische Besprechungen

London, 24. Mai (AP) - Die Vereinten Staaten und Großbritannien suchten am Samstag gemeinsam eine Lösung ihrer Palästinadifferenzen. Dabei tauchte die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens der beiden Staaten zur Beendigung der jüdisch-arabischen Kämpfe auf. Verantwortliche diplomatische Kreise deuteten an, daß ein bevorstehender wichtiger Schritt im Rahmen der Vereinten Nationen unternommen werden würde.

Man rechnet mit folgenden Möglichkeiten: Erstens einem gemeinsamen englisch-amerikanischen Appell zu einem jüdisch-arabischen Waffenstillstand, zweitens einem neuen Vorstoß mit dem Ziel, die Vereinten Nationen zum Schiedsrichter in dem Konflikt zu machen, mit der Aufforderung an beide Parteien zu „Friedens“-Verhandlungen. Drittens einem englisch-amerikanischen Beschluß über Lieferungen von Waffen und Versorgungsgütern sowohl an die Araber als auch an die Juden bis zur Beendigung der Kampfhandlungen einzustellen.

Wie zuverlässig verläutet hat Großbritannien den Vereinten Staaten gegenüber erklärt, daß die Erhaltung der arabischen Freundschaft von wesentlicher Bedeutung für die Interessen beider Länder im mittleren Osten gegen den Vormarsch des Kommunismus sei.

Außenminister Bevin und der amerikanische Botschafter in London, Lewis Douglas, hatten am Montag die zweite Unterredung innerhalb von 48 Stunden über die jüdisch-arabischen Streitigkeiten in der Palästina-Frage. Die Unterredung dauerte fast eine Stunde.

Der demokratische Abgeordnete im amerikanischen Repräsentantenhaus, Emmet Celler, erklärte am Samstag, daß er einen Gesetzesentwurf einbringen werde, der die Marshallhilfe verweigern soll, falls es weiterhin die arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel unterstützen.

Israel ordnet Waffenruhe an

Washington, 24. Mai (Dena-Reuter). Die Jewish Agency setzte laut Reuter am Sonntag den amerikanischen Vertreter in Jerusalem davon in Kenntnis, daß sie bereit sei, einen Befehl zur Einstellung aller Feindseligkeiten in Palästina am Montag um 20 Uhr Ortszeit an ihre Streitkräfte zu erlassen.

Ein Vertreter der arabischen Liga teilte der Associated Press am Montag mit, daß die arabischen Delegierten würden den Sicherheitsrat davon unterrichten, daß die arabischen Regierungen gewillt seien, den Feuerstellungsbefehl in Palästina zu erteilen. Voraussetzung dazu sei allerdings, daß die jüdische Armee aufgelöst werde und der Teilungsplan ad acta gelegt werde.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums berichtete Montagabend von einem arabischen Plan, die Sicherheitsrat eine Verlängerung der für die Feuerstellung gesetzten Frist um 36 Stunden zu beantragen. Die Frist würde dann am Dienstag um 19 Uhr (deutsche Sommerzeit) ablaufen.

Großbritannien und die Vereinten Staaten appellierten am Montag an Ägypten, den Feuerstellungsbefehl des Sicherheitsrates zu befolgen und die Kampfhandlungen in Palästina um 19 Uhr (deutsche Sommerzeit) einzustellen, wie man von zuverlässiger Seite erfährt.

Kurz beleuchtet

Solange Palästina unter britischem Mandat gestanden hatte, konnte der zwischen Juden und Arabern um das „Heilige Land“ ausgebrochene Krieg als eine Art Bürgerkrieg behandelt werden. Im Moment der Aufgabe des Mandats und der Gründung des Staates „Israel“ änderte sich die Situation insofern völlig, als sich souveräne Staaten - Israel, Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon, Irak - im Kriegszustand befinden, der internationale Friede also bedroht ist. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, als zuständiger Instanz, forderte die Kämpfer zur Niederlegung der Waffen auf, er stellte ein „bestimmtes Ultimatum“. Nun muß sich erweisen, wie groß die moralische Macht der Vereinten Nationen ist, die in dieser Situation, die diesmal durch den Gegensatz USA - Großbritannien noch verwickelter ist als der Fall Griechenland. H. B.

Die „schweren“ Arbeiter in Bayern

München, 24. Mai. (Dena) Eine Untersuchung der Lebensmittelkarten für die Minister und Staatssekretäre des Landes Bayern hat ergeben, daß sie der Regierung Höherer außer dem einmaligen Sonderminister Alfred Lortz, der die Anwartschaft auf eine Lebensmittelkarte ablehnte, jedes Kabinetsmitglied zusätzliche Lebensmittel erhält.

Diese belaufen sich für drei Zuteilungsperioden auf: 20 Eier, 1 Pfund Butter, 10 Pfund Weißbrot, 5 Pfund Nahrungsmittel, 10 Pfund Magerfleisch, 8 Pfund Käse, 10 Pfund Roggenmehl und 5 Pfund Fleisch und 50 Tagesrationen Kartoffeln.

Schwerarbeiter erhalten für je drei Zuteilungsperioden 20 100 Gramm Brot, 6000 Gramm Nahrungsmittel, 1200 Gramm Fett, 475 Gramm Käse und 1800 Gramm Fleisch.

Außer diesen Zusatzmarken erhalten Ministerpräsident Dr. Hans Ehard und Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer für Repräsentationszwecke besondere Zuteilungen, die sich nach der Anzahl der geladenen Gäste richten. Seit dem Amtsantritt des jetzigen Landwirtschaftsministers Dr. Alois Schlögl wurden diese Zuteilungen, wie schon einmal vorher unter der Amtszeit des damaligen Landwirtschaftsministers Dr. Baumgartner, erheblich gekürzt.

Dr. Gebhard Seelos, der Beauftragte Bayerns im Frankfurter Wirtschaftsrat, erhielt bis vor einiger Zeit neben diesen zusätzlichen Marken monatlich: 2 Pfund Butter, 8 Pfund Käse, 10 Pfund Roggenmehl und verschiedentlich Sonderzuteilungen von Kaffee, Tee, Zucker und Kar-

Landesparteitag der SPD Württ.-Baden

Stuttgart, 24. Mai. (Oh-Eigenbericht) Der Landesparteitag der SPD Württemberg-Baden am 22./23. Mai in Stuttgart war eine Arbeitstagung, die unter dem Eindruck bevorstehender wichtiger politischer Entscheidungen Delegierte und Gäste in gemeinsamer Sorge vereinte. Mit großem Ernst und in klarer Sachlichkeit wurden die Verhandlungen geführt. Aus Referaten und Diskussionsreden ging das Ringen um die demokratische Gestaltung und das Verantwortungsbewußtsein für das deutsche Volk hervor, dessen Schicksal im wesentlichen nicht von ihm selbst bestimmt wird, das aber ein zentrales Problem der Weltpolitik geworden ist. Die Lage Deutschlands und der Deutschen in „zwischen Ost und West“ behandelte in ausführlichen Darlegungen der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, während der württembergisch-badische Wirtschaftsminister, Dr. Hermann Veit, von der „Zukunft unserer Wirtschaft“ ausgehend, grundlegende Ausführungen zum Problem des Wiederaufbaus eines demokratischen Staates machte. Diese beiden großen Reden waren die wichtigsten Ereignisse des Parteitages, wobei die Darlegungen Veits fraglos den durch die Zuhörer stark bejahten Höhepunkt bildeten.

Der erste Tag war im wesentlichen den Berichten über das abgelaufene Jahr gewidmet, das alle Voraussagen des letzten Parteitages, wie Landesvorsitzender Erwin Schöttle in seiner Übersicht auszusprechen machte und uns bewies, daß Deutschland nicht in der Lage ist, auf eigener Kraft die Schwierigkeiten seiner politischen und wirtschaftlichen Katastrophe zu überwinden. Die Verantwortung der Bevölkerung gegenüber, die die SPD zu tragen hat, zwingt sie, in den

oder die Ballade: „Schwarzmarkt - aber nicht für uns“ von H. Ehard

München, 24. Mai. (Dena) Eine Untersuchung der Lebensmittelkarten für die Minister und Staatssekretäre des Landes Bayern hat ergeben, daß sie der Regierung Höherer außer dem einmaligen Sonderminister Alfred Lortz, der die Anwartschaft auf eine Lebensmittelkarte ablehnte, jedes Kabinetsmitglied zusätzliche Lebensmittel erhält.

Diese belaufen sich für drei Zuteilungsperioden auf: 20 Eier, 1 Pfund Butter, 10 Pfund Weißbrot, 5 Pfund Nahrungsmittel, 10 Pfund Magerfleisch, 8 Pfund Käse, 10 Pfund Roggenmehl und 5 Pfund Fleisch und 50 Tagesrationen Kartoffeln.

Schwerarbeiter erhalten für je drei Zuteilungsperioden 20 100 Gramm Brot, 6000 Gramm Nahrungsmittel, 1200 Gramm Fett, 475 Gramm Käse und 1800 Gramm Fleisch.

Außer diesen Zusatzmarken erhalten Ministerpräsident Dr. Hans Ehard und Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer für Repräsentationszwecke besondere Zuteilungen, die sich nach der Anzahl der geladenen Gäste richten. Seit dem Amtsantritt des jetzigen Landwirtschaftsministers Dr. Alois Schlögl wurden diese Zuteilungen, wie schon einmal vorher unter der Amtszeit des damaligen Landwirtschaftsministers Dr. Baumgartner, erheblich gekürzt.

Dr. Gebhard Seelos, der Beauftragte Bayerns im Frankfurter Wirtschaftsrat, erhielt bis vor einiger Zeit neben diesen zusätzlichen Marken monatlich: 2 Pfund Butter, 8 Pfund Käse, 10 Pfund Roggenmehl und verschiedentlich Sonderzuteilungen von Kaffee, Tee, Zucker und Kar-



Halft in der Hand der Haganan. - Präsident und Premierminister des Staates Israel, Prof. Weizmann (rechts) und D. B. Gurion (links). (Dena-Bild)

„Volksbegehren“ im amerikanischen und französischen Sektor verboten

Berlin, 24. Mai. (Dena) Am Sonntag begannen in Berlin die Einzelzeichnungen in die Listen des „Volksbegehrens“, das bis zum 13. Juni durchgeführt wird.

Während der Veranstalter des „Volksbegehrens“ der „Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ im sowjetischen Sektor Berlins seine Tätigkeit uneingeschränkt entfaltet und dabei, wie das SM-Blatt „Tägliche Rundschau“ am Sonntag schreibt, von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt wird, ist im amerikanischen und französischen Sektor von den zuständigen Kommandanten jegliche Arbeit für das „Volksbegehren“ untersagt worden.

Bei einem Rundgang durch das Zentrum des Sowjetsektors zeigte sich nichts Außergewöhnliches. Die Straßen und Plätze boten sich dem Besucher in sonn-

Herr Lehmann ist vorsichtig und sagt nur „vielleicht...“

Berlin, 24. Mai. (Dena) Am Sonntag begannen in Berlin die Einzelzeichnungen in die Listen des „Volksbegehrens“, das bis zum 13. Juni durchgeführt wird.

Während der Veranstalter des „Volksbegehrens“ der „Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ im sowjetischen Sektor Berlins seine Tätigkeit uneingeschränkt entfaltet und dabei, wie das SM-Blatt „Tägliche Rundschau“ am Sonntag schreibt, von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt wird, ist im amerikanischen und französischen Sektor von den zuständigen Kommandanten jegliche Arbeit für das „Volksbegehren“ untersagt worden.

Bei einem Rundgang durch das Zentrum des Sowjetsektors zeigte sich nichts Außergewöhnliches. Die Straßen und Plätze boten sich dem Besucher in sonn-

Im Telegrammstil

Washington, von Anfang bis Mitte Mai belief sich die Marshallhilfe für Europa in Form von direkter Unterstützung und Krediten auf 120 Millionen Dollar, wie der demokratische Senator Pat McCarran, ein Mitglied des Überwachungsausschusses des Kongresses für die Ausgaben im Rahmen des ERP-Programms, mitteilte. (AP)

Paris. Die Unesco gab am Freitag bekannt, daß sie ihre Tätigkeit in naher Zukunft auf das besetzte Deutschland ausdehnen werde. (AP)

Helsinki. Der finnische Staatspräsident Juho Paasikivi hat den finnischen Innenminister Yrjö Leino laut Reuter am Samstag seinen Posten entzogen und den bisherigen Erziehungsminister Risto Riihimäki zum Nachfolger ernannt. Die politische Krise in Finnland verschärfte sich am Sonntag in AP. (Dena)

Rom. Der italienische Staatspräsident Luigi Einaudi billigte am Sonntagabend die von italienischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi vorgeschlagene Liste der neuen italienischen Kabinetsmitglieder. Von den 30 Ministern gehören 11 der christlichen demokratischen Partei, 5 den gemäßigt sozialistischen, 2 den liberalen, 2 der republikanischen Partei und 2 den Unabhängigen an. (Dena-Reuter)

Frankfurt. Die Finanzminister der Länder der Bizone haben am Freitag den Vorsitz des hessischen Finanzministers Dr. Werner Hilpert die Vorschläge des Verwaltungsrates zur Durchführung einer Steuerreform erörtert. Das in Paris eingerichtete technische Büro zur Unterstützung der deutschen Berater bei den Marshallberatun-

Der Fronleichnamstag ist gesetzlicher Feiertag. Unsere Zeitung erscheint daher in dieser Woche wie folgt:

- Dienstag, 25. Mai . . . Nr. 62
- Mittwoch, 26. Mai . . . Nr. 63
- Samstag, 29. Mai . . . Nr. 64

